

# Hat jeder Nachwuchswissenschaftler bei uns eine Perspektive?

Von Prof. Dr. Ernst Werner, Prorektor für den wissenschaftlichen Nachwuchs



**Die soziale Herkunft — ein Makel?**  
**„... gewinnen alle Schichten der Bevölkerung außer dem Häuflein der Ausbeuter“**  
**Taktische Erwägungen?**  
**Keine Disziplin ist bedeutungslos**  
**Gegenseitige sachliche Verständigung**

Diese Frage bewegt nach wie vor viele Angehörige des wissenschaftlichen Nachwuchses, und es gibt darüber noch immer Unklarheiten. Das beweist das Schreiben eines ehemaligen Assistenten der Karl-Marx-Universität, der Ende vorigen Jahres unsere Republik illegal verließ. Er glaubte feststellen zu müssen, daß es für ihn unmöglich sei, in einem Staat zu arbeiten, der (ihm) jede Entwicklungsmöglichkeit böswillig nimmt und (ihm seine) soziale Herkunft vorhält wie einen Makel. Der betreffende Assistent entstammt einer Angestelltenfamilie, besuchte die Oberschule, studierte an unserer Universität bis 1958 und promovierte bereits nach einunddreißigjähriger Assistentenzeit.

Wie konnte es nun zu einer derartigen Schlußfolgerung und Fehlentscheidung kommen? Ohne Zweifel handelt es sich hier um große Unklarheiten über die Entwicklung der Wissenschaft und des Wissenschaftlers in der Deutschen Demokratischen Republik. Es spiegelt sich in diesem Argument folglich auch die mangelhafte Arbeit der verantwortlichen Stellen der Universitätsleitung, einschließlich des Prorektors für den wissenschaftlichen Nachwuchs, und der gesellschaftlichen Organisationen wider.

Die Moskauer Erklärung vom November vergangenen Jahres hat der gesamten Menschheit die gewaltigen Perspektiven aufgezeigt, die sie im Sozialismus und Kommunismus hat. Es heißt darin unter anderem: Der Kommunismus garantiert „eine allseitige geistige Entwicklung des Menschen, ein Aufblühen aller Talente, grenzenlosen wissenschaftlichen und kulturellen Fortschritt der Gesellschaft. Mit dem Sieg der neuen Gesellschaftsordnung gewinnen alle Schichten der Bevölkerung, außer dem Häuflein der Ausbeuter“ (ND vom 6. 12. 1960 Nr. 337, S. 5). Das ist keine Hypothese. Die Realität dieser Feststellungen ist bei uns in der DDR, wie in allen sozialistischen Ländern, mit dem erfolgreichen Aufbau des Sozialismus schon Wirklichkeit geworden.

Beim Aufbau des Sozialismus ist die Wissenschaft lebensnotwendig. Es ist daher kein Zufall, daß die Partei der Arbeiterklasse und unsere Regierung der Wissenschaft jede nur denkbare Förderung zukommen lassen. Wenn wir heute an die geistigen und materiellen Trümmer zurückdenken, die der faschistische Raubkrieg hinterlassen hat, dann kommt uns allen die gewaltige Leistung unseres Staates für den Wiederaufbau und -ausbau der Kliniken, Institute, Laboratorien usw. erst recht zum Bewußtsein. Von den Aussprüchen des Genossen Walter Ulbricht mit Professoren in den ersten Nachkriegstagen im verwüsteten Berlin spannt sich der weite Bogen der Intelligenzpolitik der Partei der Arbeiterklasse bis hin zum Ärztekommuniqué des Politbüros. Es muß mit allem Nachdruck betont werden, daß der Bündnispolitik zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz nicht taktische Erwägungen zugrunde liegen, sondern daß es sich dabei um ein Prinzip, um einen untrennbaren Bestandteil marxistisch-leninistischer Politik handelt. Der Vorsitzende des Staatsrates der DDR und Erste Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Walter Ulbricht, hat auf dem 11. Plenum sehr ausführlich zu dieser Frage Stellung genommen. Er führte unter anderem aus:

„Die Arbeiter-und-Bauern-Macht hat seit ihrem Bestehen große materielle Mittel auf die Heranbildung einer zahlenmäßig starken Intelligenz verwandt. Um die Wissenschaft den breitesten Massen des Volkes als mächtigstes Instrument zur Gestaltung ihres Lebens, zur raschen Entwicklung der Produktion in die Hände zu geben, wurde in der DDR

das Bildungsprivileg beseitigt. Unser Staat bietet jedem fleißigen Menschen, der sich um die Aneignung fachlichen Wissens bemüht, eine gute Perspektive, gleichgültig aus welcher Schicht des Volkes er stammt“ (ND 18. 12. 1960 Nr. 340, S. 7).

Die Sorge der SED um die Entwicklung der Wissenschaft zeigt sich an der Karl-Marx-Universität zum Beispiel deutlich in der „Empfehlung der Universitäts-Parteileitung zur weiteren sozialistischen Entwicklung der Asien- und Afrikanwissenschaften“ an den Rat der Philosophischen Fakultät. Es kann keine Rede davon sein, daß im Sozialismus auch nur eine wissenschaftliche Disziplin bedeutungslos wäre, sondern jede Fachrichtung, sei es nun Ägyptologie, Archäologie oder klassische Philologie, hat ihre Perspektiven. Genauso hat jeder fähige junge Nachwuchswissenschaftler die Möglichkeit, in Lehre und Forschung an einer Universität oder Hochschule, an der Akademie der Wissenschaften, an Fachinstituten oder in anderen verantwortlichen Stellen der gesellschaftlichen Praxis tätig zu sein.

Wenn nach wie vor unsere besondere Förderung den Arbeiter- und Bauernkader gilt, so heißt das nicht, daß Angehörigen anderer Schichten unseres Volkes keine Förderung zuteil wird. Einige Zahlen mögen das demonstrieren: Von den Angehörigen des wissenschaftlichen Nachwuchses, die sich 1960 an der Karl-Marx-Universität habilitierten, sind z. B. 23,5 Prozent ihrer sozialen Herkunft nach Arbeiter- und Bauernkinder, 40 Prozent stammen aus Mittelschichten bzw. aus Kreisen der Intelligenz und 31,5 Prozent aus Angestelltenverhältnissen.

Beim Aufbau des Sozialismus, der die Produktionsmittel in die Hände des Volkes überführt und damit die wichtigsten Voraussetzungen für eine friedliche Entwicklung, für den

sozialen und kulturellen Fortschritt, für wahren Humanismus schafft, ist nicht die soziale Herkunft des einzelnen entscheidend, sondern sein Beitrag für die Gesellschaft.

Damit soll nicht in Abrede gestellt werden, daß es in der Vergangenheit gegenüber einzelnen Personen sektiererisches Verhalten und damit Entstellung der Linie von Partei und Regierung gegeben hat. Wir ziehen daraus den Schluß, besonders in Auswertung des 11. Plenums des ZK der SED, die operative Arbeit des Prorektorates zu verbessern, engere Kontakte und ein noch besseres Vertrauensverhältnis zum wissenschaftlichen Nachwuchs herzustellen. Uns geht es aber auch darum, daß die Nachwuchskräfte ihrerseits selbst ihre Probleme und Sorgen mehr an die Institutsleitungen, an das Prorektorat oder an die Gewerkschaft herantragen.

Owohl im vorliegenden Falle der betreffende Assistent in seiner wissenschaftlichen Ausbildung jegliche Unterstützung unseres Arbeiter- und Bauern-Staates erfahren hat und auch seine weitere Perspektive gesichert war, hat er sich durch einige sektiererische Äußerungen irritieren lassen und hat deshalb auch selbst nicht die offene Aussprache zur Klärung seiner Probleme gesucht.

Mögen im einzelnen für den Absender obengenannten Briefes persönliche Enttäuschungen und negative Erfahrungen vorgelegen haben, so kann man doch seine Entscheidung nicht rechtfertigen. Denn wer „aus dem deutschen Friedensstaat der Arbeiter und Bauern in den Staat der deutschen Militaristen und Revanchepolitiker überwechselt, trifft — ob er es wünscht oder nicht — für sich persönlich eine tragische Entscheidung gegen den Frieden, gegen den Humanismus, gegen die deutsche Kultur und gegen die Interessen der friedliebenden deutschen Nation.“ (Walter Ulbricht, Rede auf dem 11. Plenum des ZK der SED, in ND vom 18. 12. 1960, Nr. 340, S. 7.)

Mögen im einzelnen verschiedene Schwierigkeiten und Hindernisse manches als unüberwindbar erscheinen, so gibt es doch für jeden die Möglichkeit, seine fachlichen und persönlichen Wünsche leitenden Größeren vorzutragen und mit ihnen gemeinsam zu beraten, wie diese mit den gesellschaftlichen Erfordernissen und den persönlichen Plänen in Übereinstimmung gebracht werden können. Unser Weg ist der Weg der gegenseitigen sachlichen Verständigung, der gegenseitigen Achtung und der gemeinsamen Überwindung von zeitweiligen Schwierigkeiten. Beim Aufbau des Sozialismus in unserem ersten deutschen Friedensstaat wird jeder Bürger gebraucht, und für jeden gibt es dabei eine seinen Neigungen und den gesellschaftlichen Interessen entsprechende Perspektive.

## MENSCHENVERÄCHTER

Große Empörung und Abscheu haben die Machenschaften des Dr. Kerrinnes, wie sie die „Universitätszeitung“ ihren Lesern in der letzten Ausgabe zur Kenntnis gab, ausgelöst — besonders natürlich an der Chirurgischen Klinik. Kerrinnes — das äußerte ein Arzt der Klinik — sprach immer davon, daß hier durch unsere Politik seine Arbeit behindert worden sei, daß politischer Druck ausgeübt worden sei (was inzwischen sogar die „Welt“ widerrufen mußte), in der Tat zeige sich nun aber, daß er, Kerrinnes, eine schändliche Politik betreibt.

Abscheulich ist die Reaktion unter Schwestern und Pflegern. Das ist besonders verständlich, wenn man die Haltung Kerrinnes zu ihnen kennt, die in dieser Äußerung so mißverständlich zum Ausdruck kommt: „Mit dem charakterlich wertvollen Teil des unter meiner Obhut stehenden Personals verband mich lange Zeit ein gutes Vertrauensverhältnis...“ Aber was heißt das anders, als daß zumindest einem erheblichen Teil des medizinischen Personals, das in seiner täglichen aufopferungsvollen, den ganzen Menschen verlangenden Arbeit, Großes leistet, seine Verachtung gehört und er als charakterlich minderwertig von ihm abgestempelt wird. Es ist dies doch aber die gleiche Menschenverachtung, die auch aus seinen übrigen Handlungen spricht. Verachtung und Verächtlichmachen der ehemaligen Kollegen, mit denen er jahrelang zusammenarbeitete, das doppelte Führen der Krankengeschichten, dessen Zweck jetzt offensichtlich geworden ist, der Mißbrauch des Vertrauens ehemaliger Patienten für

vorabschneidungswürdige politische Ziele und schließlich diese Klassifizierung von ehemaligen Mitarbeitern als charakterlos — das alles paßt in den gleichen Streifen.

Und auf der gleichen Linie liegt auch, daß er sich nun denen als bewußtes Werkzeug dienstbar macht, die professionell eine Politik der Charakterlosigkeit und der Unmoral betreiben, menschliche Werte verachten und entsprechend handeln.

Damit offenbart er, daß er moralisch auf einer Stufe steht mit den Ärzten, die ihre Unmoral im Staate Hitlers in Euthanasie-Norden, unermesslichen Experimenten und abscheulichen Greueltaten gegen kranke und gesunde Menschen praktizierten. Sie lebten frei im Bonner Staat, kein Gericht behelligt sie, dem SS-Arzt von Auschwitz, Kremer, den Euthanasieverbrecher Heyde, die Oberhausser, KZ-Arztin in Ravensbrück, oder die sechs Hamburger Kindesmörder, die heute wieder alle praktizieren.

Das ist die Unmoral des Faschismus, die die humanistische Auffassung vom Arztberuf zu erschlagen versucht, um eine verräterische Gesellschaft vor dem Untergang zu retten. Doch das wahre Arzttum, das in unserer Republik seine Heimat gefunden hat, wird sich gegen diesen Amoklauf der Menschenverächter behaupten. Und wir möchten hier nochmals unserer Hoffnung Ausdruck geben, daß der Appell des Rates der Medizinischen Fakultät an den Dekan der Mainzer Fakultät, wo Kerrinnes gegenwärtig tätig ist, auch unter den westdeutschen Ärzten Gehör und Verständnis findet.

## AFRIKANER ERKENNEN FREUNDE UND FEINDE



Gemeinsam mit ihren deutschen Freunden und Studenten aus aller Welt demonstrierten die an unserer Universität studierenden Afrikaner gegen die feige Ermordung des rechtmäßigen kongolesischen Ministerpräsidenten, des Nationalhelden Patrice Lumumba.

Mit brutalen Mitteln knüppelte die Bonner Polizei am 18. Februar in der Innenstadt von Bonn mehrere hundert afrikanische Studenten zusammen, die sich zu einem Schweigegemarsch zu Ehren Patrice Lumumbas formiert hatten. Die Polizei setzte Wasserwerfer, Gummiknüppel und Berittene ein, um die Demonstranten auseinanderzutreiben. Mehrere afrikanische Studenten wurden gefährlich verletzt.



## Bonn Neokolonialisten mitschuldig

Aus Protestresolutionen gegen die Ermordung Lumumbas

Wir, die Teilnehmer an einem Meeting deutscher und ausländischer Studenten aus Afrika, Asien, Amerika und Europa, das aus Anlaß des internationalen Tages der Solidarität mit den Studenten, die gegen den Kolonialismus kämpfen, einberufen wurde, erklären:

Der Kolonialismus in allen Formen ist die größte Schande unseres Jahrhunderts. Der Kampf um die Beseitigung der Reste des imperialistischen Kolonialsystems ist die Pflicht aller anständigen Menschen...

Als Studenten, die in der Deutschen Demokratischen Republik studieren, verurteilen wir nachdrücklich die neokolonialistische Politik der Bonner Regierung und das brutale Vorgehen gegen ausländische Demonstranten, die in Bonn gegen den Mord an Lumumba protestierten.

### Verbrechen in Kongo und Ausschreitungen in Marburg haben gleiche Wurzel

Das Verbrechen an dem kongolesischen Patrioten und die organisierten Ausschreitungen putschistischer Elemente in Marburg gegen unseren Volkskammerpräsidenten Dr. Johannes Diekmann sind Ausgeburt der gleichen reaktionären Kräfte, die mit Gewalt das Rad der Geschichte zurückdrehen möchten.

Die Mitglieder des Instituts für Geschichte der europäischen Volksdemokratien

## Universität „Patrice Lumumba“

Der Ministerrat der UdSSR hat beschlossen, der Universität der Völkerfreundschaft in Moskau den Namen „Patrice Lumumba“ zu verleihen. In der amtlichen TASS-Mitteilung heißt es: „Den zahlreichen Wünschen öffentlicher Organisationen der Sowjetunion und des Auslandes entgegenkommend, hat der Ministerrat der UdSSR den Beschluß gefaßt, zum Andenken an die hervorragende Persönlichkeit der nationalen Befreiungsbewegung Afrikas,

### Sofortiger Rücktritt des Heuchlers Hammarskjöld!

Die Studenten der Seminarsgruppe Deutsch-Englisch 1/1 schrieben dem sowjetischen Chefdelegierten bei der UNO, Sorin, nach New York: Wir fordern den sofortigen Rücktritt des UNO-Generalsekretärs Hammarskjöld, der mit seinem heuchlerischen Verhalten dieses blutige Verbrechen an den Helden der kolonialen Befreiungsbewegung duldet und deckt! Dieses Schreiben übersenden wir Ihnen, damit Sie sich in der UNO bei Ihrem Protest gegen den feigen Mord auch auf die Meinung deutscher Studenten stützen können.

### Bonner Clique — Komplizen der Mörder

Unser Zorn richtet sich auch gegen die Bonner Clique, denn sie gehört zu den Komplizen der Mörder. So nannten die westdeutschen Adenauerblätter den afrikanischen Freiheitskampf „Unabhängigkeitsdelirium“ und trieben ganz besonders starke Hetze gegen Lumumba und seine Regierung. Die Bonner Regierung war auch beteiligt an der Aufstellung einer Fremdenlegion in Katanga und anderen Teilen Kongo und Afrikas.

Die Angestellten der Verwaltung der Medizinischen Fakultät

an den Helden des kongolesischen Volkes, den Ministerpräsidenten der Republik Kongo, Patrice Lumumba, der sein Leben im Kampfe für die Freiheit und Unabhängigkeit seines Landes gegeben hat, der Universität der Völkerfreundschaft in Moskau den Namen Patrice Lumumba zu geben und sie in Zukunft Universität der Völkerfreundschaft „Patrice Lumumba“ zu nennen.“

Universitätszeitung, 28. 2. 1961, S. 2